



Zwangsumtausch

Finanzkapital setzt sich durch: Am 30. März 1990 wird das Vorhaben der Kohl-Regierung bekannt, DDR-Mark und DM im Verhältnis zwei zu eins zu wechseln. Gegen alle Widerstände. Von Jörg Roesler

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 30. MÄRZ 2015 · NR. 75 · 1,40 EURO · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Braune hätscheln

Dortmund: Polizei gibt Neofaschisten die Straße frei – und knüppelt Nazigegner nieder

3

Zusammen kämpfen

»Wir wollen Schacht Konrad nicht«: In Salzgitter mobilisiert breites Bündnis gegen Atommülllager

5

Sozialabbau stoppen

Italien: Gewerkschafter fordern bei Großdemo in Rom das Ende von Kürzungen und Entrechtung

6

Rendite sichern

US-Milliardär und »Starinvestor« Soros verlangt Lösegeld für Waffenstillstand in der Ukraine

9

Ein bisschen Zustimmung

Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder: 2,1 Prozent mehr Lohn rückwirkend ab 1. März. Keine Einigung über entscheidende Punkte. **Von Claudia Wrobel**

Nach der vierten Verhandlungsrunde war es am Samstagabend klar: Es gibt einen Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder. Die beteiligten Gewerkschaften feiern die meisten Ergebnisse unisono als Erfolg, doch in einem entscheidenden Punkt geht die Einschätzung weit auseinander. So weit, dass die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die Eingruppierung für angestellte Lehrkräfte ganz ablehnt und betont, dass sie sich die Möglichkeit zu streiken keinesfalls »abkaufen« lasse.

Die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), die die Verhandlungen für die Bundesländer außer Hessen führt, hat sich mit den Beschäftigtenvertretern unter anderem auf eine Lohnerhöhung in zwei Schritten geeinigt: Rückwirkend zum 1. März erhalten die Tarifbeschäftigten 2,1 Prozent mehr Lohn, ab 1. März nächsten Jahres kommen noch mal 2,3 Prozent, mindestens aber 75 Euro hinzu. Außerdem konnten die beteiligten Gewerkschaften ver.di, GEW und der »Deutsche Beamtenbund und Tarifunion« (dbb) den Versuch der TdL abwehren, neu entstehende Ansprüche in der Altersversorgung abzuwerten.

Allerdings steigen die Beiträge zur umlagefinanzierten Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) im Westen zum 1. Juli um 0,2 Prozent und in den beiden Folgejahren um jeweils 0,1 Prozent. In der kapitalgedeckten VBL Ost beträgt die Steigerung sogar 0,75 Prozent pro Erhöhungsschritt. Die Länder beteiligen sich in gleichem Umfang. Die vereinbarten Gehaltserhöhungen »und die Anhebung des Weihnachtsgeldes im Osten auf Westniveau mildern die Anpassung der Arbeitnehmerbeiträge zur Zusatzversorgung ab«, kommentierte



Die Kernforderung der GEW ist nicht in dem Tarifabschluss enthalten: Angestellte Lehrkräfte müssen weiterkämpfen

GEW-Verhandlungsführer Andreas Gehrke die Einigung beim komplizierten Streitpunkt Altersversorgung. Nebenbei macht dies auch deutlich, dass der Tarifabschluss gar nicht so hoch ist, obwohl die TdL von »deutlichen Lohnzuwächsen angesichts einer aktuellen Inflationsrate nahe Null« spricht. Die Gewerkschaften hatten 5,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 175 Euro monatlich gefordert. Sowohl dbb als auch die DGB-Gewerkschaften mahnen an, das Tarifergebnis zügig auf die Beamtenbesoldung der Länder zu übertragen.

Keine Einigung mit der TdL gab es beim Problem der sachgrundlosen Befristung, sondern lediglich eine Zu-

sage von Gesprächen seitens der Länder. Diese sollen stattfinden, sobald im Herbst ein von Bund und ver.di in Auftrag gegebenes Gutachten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zur Befristungspraxis im öffentlichen Dienst vorliege, wie die Gewerkschaft mitteilte.

Uneinigkeit herrschte auch zwischen den Beschäftigtenvertretern: Während der dbb einer Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte zugestimmt hat, lehnt die GEW das Angebot der TdL weiterhin ab. »Die Arbeitgeber wollen die Bezahlung der bundesweit 200.000 angestellten Lehrkräfte weiterhin diktieren. Mit 30 Euro Zulage im Monat für einzelne Lehrgruppen wollten sie

uns zudem das Streikrecht abkaufen«, begründete Gehrke den Schritt. Während der dbb argumentierte, dies sei der »Einstieg hin zu einer Paralleltabelle«, ist sich die GEW hingegen sicher, dass der angebotene Tarifvertrag »Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten« festschreibe und die Verhandlung über eine Koppelung der Bezahlung für angestellte Lehrkräfte an die Beamtentarife »auf den Sankt Nimmerleinstag« verschiebe. Zudem könne von einer regionalen Harmonisierung keine Rede sein. »Nur weil man Ost und West in einen Tarifvertrag schreibt, ist das noch lange keine Ost-West-Angleichung«, sagte Gehrke.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Attacken überschatten Wahlen in Nigeria



Abuja. Trotz des Kriegs mit der islamistischen Miliz »Boko Haram« sind in Nigeria am Wochenende Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten worden. Am Samstag wurden dabei drei Angriffe auf Wahllokale gemeldet, bei denen mindestens sieben Menschen getötet wurden. Am Sonntag griffen die Streitkräfte nach Angaben aus Militärkreisen mit Kampfjets und Bodentruppen »Boko Haram«-Kämpfer nahe der Stadt Bauchi an. In der Gegend seien zuvor Wahlbüros angegriffen und Wahlunterlagen zerstört worden. Am Vorabend der Wahl hatten Dschihadisten im Nordosten des Landes nach Angaben eines örtlichen Abgeordneten 23 Menschen enthaupet. In 300 Wahllokalen wurde die ursprünglich nur für Samstag vorgesehene Abstimmung zudem am Sonntag nachgeholt, weil die elektronische Wählerregistrierung nicht funktioniert hatte. (AFP/JW)

Kein weiteres Geld für Flüchtlinge

Berlin. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat die Forderung der Länder nach einer stärkeren Bundesbeteiligung an den Kosten für die Versorgung von Flüchtlingen zurückgewiesen. »Es ist noch nicht einmal vier Monate her, dass der Bund für diesen Zweck für dieses und kommendes Jahr je 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat und die Länder das akzeptiert haben«, sagte er dem Tagesspiegel am Sonntag. Er sehe »jetzt keinen Grund, von dieser Vereinbarung abzuweichen«. Die Ministerpräsidenten aller 16 Bundesländer hatten sich am Donnerstag für eine deutlich stärkere Beteiligung des Bundes bei der Unterbringung und der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen ausgesprochen. Die Länder rechnen mit wesentlich mehr Flüchtlingen in diesem Jahr als den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschätzten 300.000. (dpa/JW)

Arabische Liga will Krieg

Staatenorganisation beschließt Aufbau gemeinsamer Armee. Schwere Bombardements im Jemen

Während vor allem Saudi-Arabien den Krieg gegen schiitische Ansarollah-Rebellen im Jemen weiter ausweitete, hat die Arabische Liga am Sonntag die Bildung einer gemeinsamen Armee beschlossen. Wie Ägyptens Militärmachthaber Abdel Fattah Al-Sisi am Rande eines Treffens der Staatenorganisation in Scharm el Scheich sagte, solle die Truppe gegen »extremistische Gefahren« in der Region eingesetzt werden. Die Gründung sei »aus Verantwortung gegenüber den wachsenden Herausforderungen der arabi-

schen Nationen« erfolgt, behauptete Al-Sisi.

Der Aufbau der gemeinsamen Streitmacht befördert die Eskalation im Konflikt mit dem Iran. Die gegenüber den USA loyalen Regime auf der arabischen Halbinsel haben in den vergangenen Jahren ihr Militär stark aufgerüstet und führen seit der vergangenen Woche mit einer Allianz aus zehn Staaten Krieg gegen den Jemen. Dort bombardierten Luftwaffenverbände unter der Führung Saudi-Arabiens am Wochenende erneut Städte im ganzen Land. Bei Angriffen

in der Nacht zum Sonntag zerstörten sie die Landebahn des internationalen Flughafens der Hauptstadt Sanaa. Bei einer Attacke auf das Hauptquartier der auf seiten der Rebellen kämpfenden Republikanischen Garde wurden deren Angaben zufolge 15 Menschen getötet. In der Hafenstadt Aden forderten die Angriffe nach lokalen Medienberichten über 100 Menschenleben. Der in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässige Sender Al-Arabija berichtete unter Berufung auf das saudische Militär derweil, dass bei Bombardements der im Norden

des Landes gelegenen Stadt Saada, die als Hochburg der Ansarollah gilt, ein Großteil der Waffenbestände der Rebellen zerstört worden sei.

Ein Ende des Kriegs ist derweil nicht abzusehen. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Nabil Al-Arabi, sagte bei einem Gipfeltreffen am Sonntag in Scharm el Scheich, der »Einsatz« werde bis zur Kapitulation der Rebellen fortgesetzt. Der inzwischen mit saudischer Hilfe geflohene Präsident des Jemen, Abed Rabbo Mansur Hadi, hatte die Angriffe auf sein Land selbst gefordert. **Christian Selz**

jW wird herausgegeben von
1635 Genossinnen und
Genossen (Stand 18.3.2015)
■ www.jungewelt.de/lpg

